

Wahlprüfsteine: Aktionsbündnis Trassengegner - www.stromautobahn.de

Wahlprüfstein **Wie ist Ihre Meinung zum neuen Netzentwicklungsplan 2037/2045 (2023)?**
1 **Stimmen Sie den Plänen der Übertragungsnetzbetreiber zu? Wenn ja, warum?
Wenn nicht, warum nicht?**

Netzentwicklungspläne unterliegen einem komplexen, mehrstufigen Entwicklungsverfahren. So soll sichergestellt werden, dass alle Interessen angemessen berücksichtigt werden können. Klar ist jedoch auch, dass ein Bedarf an neuen, erweiterten, lastfähigen Netzen besteht und dass dennoch niemand ein entsprechendes Netz vor seiner eigenen Haustüre haben möchte. Die Pläne stellen daher einen Kompromiss dar, mit dem nicht jeder Betroffene vollumfänglich zufrieden sein wird.

Die aktuell vorliegenden Netzentwicklungspläne sehen wir auf Grund der vom Bund zu Grunde gelegten Annahmen kritisch. Die Netzbetreiber müssen diese Annahmen verwenden. Wir werden uns gegenüber dem Bund weiterhin dafür einsetzen, dass dieser realistische Grundlagen für die Netzentwicklung vorgibt. Als FREIE WÄHLER wollen wir die Übertragungsnetze nur soweit notwendig ausbauen. Wir geben einer dezentralen Energiewende mit einer Stärkung dezentraler Erzeugung und einem Ausbau der Verteilnetze den Vorzug.

Wahlprüfstein **Welche Vorschläge haben Sie, wie Strom weiterhin für die kleinen und mittelständischen Stromkunden bezahlbar bleibt?**
2

Als FREIE WÄHLER sind wir davon überzeugt, dass grundsätzlich der Markt in der Lage ist, sich selbst zu regeln. Gerade im Strommarkt hat der Staat aber in den letzten Jahren und im Besonderen in diesem Jahr so erhebliche Markteingriffe vorgenommen, dass dieser vollständig aus den Fugen geraten ist. Hier muss der Staat Fehlentwicklungen beseitigen.

Als FREIE WÄHLER fordern wir technologieoffene Förderungen für erneuerbare Energiegewinnung und den Ausbau der dezentralen Energieproduktion. Nur so kann ein nachhaltiges und stabiles Energieangebot unterbreitet werden. Die heimischen Energiequellen, insbesondere die grundlastfähigen aus Wasser, Biomasse und Geothermie müssen konsequent genutzt werden. Daneben brauchen wir mehr Energiegewinnung aus Sonne und Wind, was jedoch mit entsprechenden Speicherkapazitäten u.a. durch dezentrale Elektrolyseure und Reserve-Kapazitäten an Gaskraftwerken ergänzt werden muss. Zudem müssen die Verteilnetze schnellstmöglich ausgebaut werden, denn ohne diese wird der Fortschritt beim Zubau von EE-Anlagen in der Fläche massiv gehemmt. Nur durch eine deutliche Steigerung des tatsächlich verfügbaren Angebots an Energie aus EE-Anlagen kann auch der Preis den Stromkunden bezahlen müssen wieder gesenkt werden.

Wahlprüfstein 3 **Denken Sie, dass unsere Stromversorgung in Zukunft mit dem Bau eines europäischen Supergrid sicher sein kann?**

Der Bau des europäischen Supergrids stellt einen Baustein für die Netzstabilität dar. Es lässt jedoch die Frage nach der verlässlichen und nachhaltigen Energieproduktion ebenso offen wie die nach Vermeidung von Abhängigkeiten. Ein Supergrid ist keine Alternative für eine dezentrale Energieversorgung, sondern eine Ergänzung hierzu, welche auf das notwendige Maß begrenzt bleiben soll.

Wahlprüfstein 4 **Welchen Energiemix befürworten Sie bzw. Ihre Partei? Wie sehen Sie es, dass Atomkraft in der EU neuen Auftrieb erhält? Wie ist Ihre Sicht auf die EU-Taxonomie?**

Als FREIE WÄHLER sind wir davon überzeugt, dass die Abschaltung der letzten drei AKWs in Deutschland zum gewählten Zeitpunkt verfrüht erfolgte. Hier haben die Ampelparteien aus ideologischen Gründen eine irreversible Sachlage geschaffen, die die Sicherheit unserer Grundversorgung mit Energie und damit unsere Wirtschaft und Gesellschaft gefährdet. Langfristig sehen wir in Deutschland keine Zukunft für die Energieerzeugung aus Kernspaltung. Den Neubau von AKWs lehnen wir ab.

Wir sprechen uns für eine dezentrale Energie- und Wärmeproduktion aus. Hier kommt unseren Kommunen eine wesentliche Rolle zu. Diese brauchen jedoch Unterstützung. Daneben müssen wir zukünftig die Energieproduktion technologieoffen denken, wenn wir nicht wollen, dass wir passende Lösungsansätze übersehen. Dazu gehört es auch das einheimische Potential an Wasserkraft, Biomasse und Geothermie voll zu nutzen. Diese können als Stabilitätsanker in einem Energiemix dienen, in dem die stark volatilen Energiequellen Sonne und Wind eine immer größere Rolle spielen. Zudem werden wir zur Absicherung Gaskraftwerke brauchen, welche wir zukünftig mit nachhaltig erzeugtem Wasserstoff betreiben wollen.

Die Taxonomie-Pläne der EU begleiten wir sehr kritisch. Es darf nicht sein, dass hierdurch für Bayern sehr wichtige Branchen völlig ungerechtfertigte Einschränkungen, z.B. beim Zugang zum Kapitalmarkt, erfahren.

Wahlprüfstein 5 **Was halten Sie für notwendig und was sehen Sie vor, damit der für die Aufnahme von Erneuerbaren Energien ins Netz notwendige Verteilnetzausbau schneller vorankommt?**

Als FREIE WÄHLER fordern wir einen Gesamtplan des Bundes für die Energiewende. Die von der Ampelregierung ausgerufene Zeitenwende lässt ein tragfähiges Gesamtkonzept bislang vermissen. Ziel muss es sein, die Handlungsbereitschaft unserer Bürger anzuregen und positiv zu bestärken. Die neuerdings in Berlin vorhandenen Zwangstendenzen lehnen wir hingegen ab. Auf Landesebene haben wir die Initiative "Verteilnetz und erneuerbare Energien Bayern" ins Leben gerufen um alle Akteure an einen Tisch zu bringen und den dringend notwendigen Ausbau unserer Verteilnetze deutlich zu beschleunigen.

Wahlprüfstein 6 **Abstände zu Umspannwerken und Übertragungsleitungen betragen an vielen Orten in Bayern unter 400 m. Welche Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung schlagen Sie konkret vor? Welche Maßnahmen sehen Sie vor, falls sich Gesundheitsgefahren durch die Zunahme von neuen Leitungen signifikant auswirken werden?**

Als FREIE WÄHLER wissen wir auf Grund unserer kommunalpolitischen Erfahrung, wie wichtig das Vertrauen unserer Bevölkerung bei der Umsetzung von Projekten ist und wie schnell dieses Vertrauen verspielt werden kann. Daher muss gerade bei den zahlreichen Projekten der Energiewende in der Fläche transparent und frühzeitig kommuniziert werden. Für den Gesundheitsschutz notwendige Abstände müssen konsequent eingehalten und wo notwendig entsprechende technische Schutzmaßnahmen eingesetzt werden. Dies ist sowohl bei der Planung neuer Energieversorgungsanlagen als auch bei der Ausweisung neuer Wohngebiete sowie der Genehmigung neuer Wohnanlagen zu beachten.

Wahlprüfstein 7 **Wieviel Wald und landwirtschaftliche Fläche kann dem Übertragungsnetzausbau (Freileitungs-Schneisen, HGÜ- und Wechselstrom-Erdkabel, Bau neuer Umspannwerke) geopfert werden?**

Als FREIE WÄHLER fordern wir einen realpolitischen Umgang mit der Frage der erneuerbaren Energie und eine Abkehr der ideologisierten Betrachtung der Ampelparteien. Die Welt ist komplex und vermeintlich einfache Entscheidungen können zahlreiche ungewollte Konsequenzen haben.

Der Wald und unsere landwirtschaftlichen Flächen sind wichtige Ressourcen mit denen wir verantwortungsbewusst umgehen müssen. Jede zusätzliche Inanspruchnahme von Flächen für andere Zwecke braucht daher eine intensive Abwägung der Folgen und betroffenen Interessen. Auch hierzu dient die jüngste Anpassung des Landesentwicklungsprogramms Bayern. Ziel der Politik muss es sein, bürgerfreundliche und zukunftsorientierte Entscheidungen zu treffen. In Bezug auf den Flächenbedarf der Energiewende heißt dies: nur so viel wie unbedingt notwendig, so wenig wie möglich.

Wahlprüfstein 8 **Wie stehen Sie dazu, dass nunmehr über die aktuelle Gesetzgebung zur Beschleunigung des Netzausbaus die Beteiligung und Mitspracherechte der Bürgerinnen und Bürger bei den Netzausbauplanungen massiv eingeschränkt werde?**

Die Energiewende wird nur gelingen, wenn man die Bürger mitnimmt – davon sind wir als FREIE WÄHLER fest überzeugt. Die Ampelregierung in Berlin verfolgt hier eine andere Doktrin, die nicht auf Beteiligung oder Förderung, sondern eher auf Stigmatisierung und Zwang gerichtet ist. Das lehnen wir ab. Eine Beschleunigung des notwendigen Netzausbaus, insbesondere im Verteilnetz, wollen wir über den Abbau unnötiger Bürokratie und die von uns bereits angestoßene personelle Stärkung der zuständigen Behörden erreichen.